

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-  
drucksache

b

In den Organisations- und Personalausschuss  
In den Verwaltungsausschuss  
An den Jugendhilfeausschuss (zur Kenntnis)

Nr.	1196/2018
Anzahl der Anlagen	2
Zu TOP	

---

**Antrag des Jugendhilfeausschusses aus der Drucks. 1035/2018 des Änderungsantrages der AGW (Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege) zu Drucks. Nr. 0525/2018 N1: Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum uneingeschränkten Zugang zum Intranet der Landeshauptstadt Hannover für stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses**

**Antrag,**

der folgenden Empfehlung des Jugendhilfeausschusses dem als Anlage 1 beigefügten Änderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Antrag (Anlage 2) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum uneingeschränkten Zugang zum Intranet der Landeshauptstadt Hannover für stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses zu folgen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie sowohl den stimmberechtigten als auch beratenden Mitgliedern der Ausschüsse, die nicht Mitglieder des Rates sind, ein direkter Zugang zu allen, ihren Ausschuss betreffenden Drucksachen, die sie bislang nur per Post erhalten haben, ohne Zeitverzögerung ermöglicht werden kann, so dass sie zu jeder Zeit denselben Informationsstand haben wie die Ratsmitglieder. Die Umsetzung soll zeitnah mit der Inbetriebnahme des Portals für die Stadtbezirksräte erfolgen.

und

der folgenden Empfehlung des Jugendhilfeausschusses dem als Anlage 1 beigefügten Änderungsantrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Antrag (Anlage 2) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zum uneingeschränkten Zugang zum Intranet der Landeshauptstadt Hannover für stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses nicht zu folgen:

2. In der Übergangszeit soll die Verwaltung sicherstellen, dass die stimmberechtigten und beratenden Nicht-Ratsmitglieder betreffende Drucksachen, Protokolle und Nachrichten schnellstmöglich per Mail erhalten, um eine ordnungsgemäße Arbeit im Ausschuss zu ermöglichen.

### **Berücksichtigung von Gender-Aspekten**

Genderspezifische Aspekte sind hierdurch nicht unmittelbar betroffen.

### **Kostentabelle**

Finanzielle Auswirkungen sind nicht bekannt.

### **Begründung des Antrages**

Zu Punkt 1: Derzeit erhalten die Nicht-Ratsmitglieder der Ausschüsse die Drucksachen erst mit Versand der Einladung per Post eine Woche vor der Sitzung. Dadurch ist die Zeit für Beratungen sehr knapp. Nachreichen und Protokolle erreichen die Ausschussmitglieder oft zu spät.

Zu Punkt 2: Ein Mailversand ist aus datenschutzrechtlichen Gründen bei vertraulichen Unterlagen nicht möglich. Zudem erfordert der Mailversand einen zusätzlichen zeitlichen Verwaltungsaufwand durch die Aufarbeitung der Daten, da die Unterlagen nicht direkt aus der Datenbank heraus versandt werden können.

51

Hannover / 16.05.2018